# Handelsnachrichten.

## Der Reichsbankpräsident über die Diskont- und Kreditpolitik.

**W. F.** Ueber die gestern beschlossene Diskonterhöhung der Reichsbank haben wir in der Abendzeitung unsere Ansicht geäußert. Wir haben uns nicht gegen eine Diskonterhöhung als einen, in der Inflationswirtschaft allerdings auf die Dauer unwirksamen, Schutzwall der Reichsbank gegen das starke Anschwellen der Ansprüche der Wirtschaft gewandt, die in diesen Zeiten auf ganz unnormalen Vorgängen beruhen, sondern die finanzpolitische Einstellung angegriffen, die eine Stützung des Markkurses durch eine Kreditdrosselung, koste es, was es wolle, erreichen will, nachdem eine unhaltbar gewordene Devisenpolitik der Macht der Verhältnisse hat nachgeben müssen. Wir vermissen in den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten einen Hinweis auf die Ursachen des steigenden Devisenbedarfes und auf den Widersinn, der in einem starren Unterdrückhalten der Devisenkurse bei sich ständig stark verschlechternder Lage der Reichsfinanzen, gewaltig wachsendem Notenumlauf und steigender Passivität der Außenhandelsbilanz liegt. Man darf auch nicht vergessen, daß der lange Zeit gehaltene Dollarkurs auf einem unnatürlich niedrigen, durch ein Zusammenwirken gewisser Momente künstlich erzeugten Niveau lag. Der Reichsbankpräsident hat allerdings erfreulicherweise die Vorwürfe gegen die bisher geübte Kreditpolitik der Reichsbank zurückgewiesen, aber zugleich Drohungen gegen die Bankwelt und die Industrie zum Ausdruck gebracht, die u. E. nicht am Platze sind. Es muß mit allem Nachdruck nochmals darauf hingewiesen werden, daß die — sicherlich übermäßige — Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln an dem vergangenen Mittwoch erst durch das ungeschickte Verhalten der Reichsbank am Devisenmarkt hervorgerufen worden ist. Wir betonen ferner nochmals unsere Ansicht, daß man sich ausschickt, mit unzureichenden und unverantwortlichen Mitteln und einer gefährlichen Methode etwas zu erreichen, was bei nüchterner Ueberlegung als unmöglich erscheinen muß, und legen in diesem Sinne auch die Drohung des Reichsbankpräsidenten aus, „mit schärfsten Restriktionen ohne Ansehen der Person oder Firma" vorgehen zu wollen. Es erscheint uns als ein ganz selbstverständliches Verlangen in diesen Schicksalstagen, daß Bankwelt und Industrie beim Devisenkauf auf die Markstützungsaktion als eines wesentlichen Abwehrmittels im Ruhrkampfe alle irgendwie gebotene Rückstehen nehmen. Wir haben den Eindruck, daß dies auch geschieht. Aber wenn die Verhältnisse stärker sind als der gute Wille, soll man nicht einzelne Berufskreise für das verantwortlich machen, was eine verfehlte Politik und Feindesgewalt verursacht haben und ohne Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft nun mit aller Gewalt das zu halten suchen, was nicht mehr zu halten ist. Und das — war der Dollarkurs von 21 000.

Die Regierung hat es leider versäumt, die wirtschaftlichen Vorbedingungen für eine nachhaltige Stützung des Markkurses zu schaffen. Es hat sich in den verflossenen Wochen des stabilen Markkurses deutlich gezeigt, daß man Geld-, Kredit- und Währungspolitik nicht losgelöst von einer entsprechenden Wirtschaftspolitik treiben kann. In dieser Hinsicht aber war die Aufgabe einer Steuerpolitik, die auf der fortschreitenden Inflation aufgebaut war, das erste Erfordernis. Die Ermäßigung der Kohlensteuer war ein schwacher Versuch auf dem richtigen Wege. Warum ist man auf ihm nicht fortgeschritten. Aber dadurch, daß auf der einen Seite die bisherigen Export- und Absatzgrundlagen gewaltsam beseitigt und andererseits die Belastungen durch Steuern, Exportabgaben usw. bestehen blieben, schlug man den Export tot. Somit konnte er auch keine Devisen mehr liefern und es mußte im Augenblick, als die Billionen Papiermark an die Waren im Inlande herankamen, ein stärkerer Devisenbedarf auftreten, den man nun törichterweise ebenfalls nicht aufkommen lassen wollte und mit einer gewissen Frivolität als spekulative Machenschaften bezeichnete. Warum findet sich in keiner Ministerrede ein Hinweis auf diese Verhältnisse? Warum wird ihnen kein Parlamentarier gerecht, der über die Stützungsaktion spricht? Warum gibt man diese Unterlassungen nicht zu und fordert wenigstens von der Regierung, daß zunmehr, wenn die Stützungsaktion weiter geführt werden soll, auch das entsprechende Produktions- und Steuerprogramm entwickelt und durchgeführt wird?

Statt dessen sucht man nach Sündenböcken und verteidigt mit phrasenhaften Hinweisen auf nationale Notwendigkeiten eine Methode, die keine Rücksicht auf die Lebensbedürfnisse der Wirtschaft nimmt und das Volk beunruhigt. Warum bringt man nicht den Mut auf, einzugestehen, daß der Kurs des Dollars von 21 000 unnatürlich und daher auf die Dauer unhaltbar war? Diese Verschweigungspolitik hat ebenfalls dazu beigetragen, daß der Dollar auf 30 000 und darüber gestiegen ist! Weil sie als Schwäche ausgelegt wurde und man an der Möglichkeit einer weiteren erfolgreichen Stützung des Markkurses zweifelte. Und nun droht man mit Restriktionen und möchte wohl auch noch erreichen, daß die Effektenmärkte stagnieren, die Kurse weichen und immer weitere Teile unseres Volksvermögens ins Ausland verschleudert werden. Es kann nicht scharf genug gegen eine derartige Wirtschaftspolitik protestiert werden. Erfreulich ist nur, daß unsere Großindustriellen die Gelegenheit zu Transaktionen benutzen und somit — wenn auch diese Entwickelung an und für sich nicht gutgeheißen werden kann — immerhin der Substanzverschleuderung auf amtlichen Befehl entgegengearbeitet wird.

Auch das, was der Reichsbankpräsident über das Ergebnis der Dollarschatzanweisungen sagt, können wir nicht unterschreiben. Wir halten das Ergebnis für eine wichtigste Kraftquellen beraubte, in der Arbeitsleistung und Geschäftsmoral arg mitgenommene, substanz- und kapitalberaubte, dauernd durch Feindeshand devastierte Wirtschaft für recht ansehnlich, haben allerdings keinen Zweifel daran gelassen, daß die Dollarschatzanweisungsanleihe zu Unrecht als innere Goldanleihe aufgezogen worden war, sondern daß sie lediglich eine Devisenmaßnahme darstellen mußte. Dieser Irrtum wird sich auch bei dem Börsenhandel der Dollarschatzanweisungen rächen.

* * *

**Ueber die Auslassungen des Reichsbankpräsidenten in der gestrigen Zentralausschußsitzung erhalten wir folgenden Bericht:**

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wurde der Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskont von 12 auf 18 % zu erhöhen, von den Mitgliedern des Zentralausschusses einstimmig gutgeheißen. Der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Havenstein, gab zunächst eine Uebersicht über die Entwickelung des Status der Reichsbank seit der letzten Zentralausschußsitzung und seit der letzten Diskonterhöhung und führte dann des weiteren aus:

Ich brauche im einzelnen nicht darzulegen, worauf die neuen gewaltigen Ansprüche an Krediten und Zahlungsmitteln zurückzuführen sind. Es sind neben den früher wiederholt dargelegten und weiter fortwirkenden Ursachen vor allem die weiteren Auswirkungen des Einbruchs der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, wo die Aufrechterhaltung der Produktion die Gewährung umfangreicher Kredite notwendig machte, da der Absatz nach dem unbesetzten Deutschland und nach dem Auslande nahezu unmöglich geworden ist. Aber auch im unbesetzten Deutschland sind naturgemäß die Ansprüche außerordentlich stark gewesen infolge der Störungen, die mit der Abschnürung des Ruhrgebiets auch für das übrige Deutschland entstanden sind. Dabei hat sich die Reichsbankleitung nach wie vor bemüht, die Kredite auf das geringstmögliche Maß einzuschränken, was ein Gebot der Notwendigkeit war, wenn die Interventionstätigkeit zur Stützung des Markkurses von Dauer und Erfolg sein sollte. **Die Vorwürfe, daß die Reichsbank zuviel Kredite gegeben habe und gebe, berücksichtigen nicht, daß die Reichsbank natürlich ihrer ganzen Zweckbestimmung nach darauf bedacht sein muß, der legitimen Produktion eine Stütze zu sein und jedenfalls gesunde Unternehmungen nicht durch übermäßige Kreditbeschränkung oder Kreditverweigerung zum Erliegen zu bringen.** Ich habe in verschiedenen früheren Sitzungen ausgeführt, daß wir den Weg der scharfen Kreditprüfung und -beschränkung für den nach Lage der Verhältnisse zweckmäßigsten ansehen müßten, da weitere Diskonterhöhungen die erstrebten Beschränkungen kaum hätten herbeiführen können, und daß die Reichsbankleitung bis auf weiteres von Diskonterhöhungen abgesehen habe, um die legitime Produktion nicht zu sehr zu erschweren. Wir haben in dieser Erwägung und auch, um den infolge der Stützungsaktion einsetzenden Projisabbau nicht zu stören, durch volle drei Monate von einer weiteren Erhöhung des Diskonts abgesehen, obgleich die Gestaltung der Geldmarktlage und die weiter zunehmende Verarmung und Kapitalnot eine solche an sich schon längst gerechtfertigt hätten. Wir halten aber nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, diese Zurückhaltung aufzugeben, indes zugleich für geboten, die Erhöhung in einem Ausmaß vorzunehmen, das stark über die bisherige Uebung hinausgeht.

Unser Volk und Land steht in schwerem Kampf, dessen Ausgang vielleicht für lange Zeit über seine Zukunft entscheidet. Wir sind waffenlos, aber nicht wehrlos, und diese letzten drei Monate haben den Beweis geliefert, daß auch von einem waffenlosen Volk das Recht gegen die Gewalt mit Erfolg verteidigt werden kann, wenn Regierung und Wirtschaft mit allen Schichten des Volkes geschlossen und entschlossen zusammenstehen und nur das eine Ziel sehen, durch ihre Abwehrhaltung sich das Recht zu erkämpfen und zu wahren, wieder in Freiheit zu arbeiten und zu schaffen auf freiem Boden.

Der Kampf kann noch lange dauern, und wir müssen uns darauf einrichten, ihn noch lange und mit Erfolg zu führen. Und wie es heute die selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen ist, sich deshalb mit in Reih und Glied zu stellen, und wie dieser Gesichtspunkt unsere ganze innere Politik beherrscht und sich in einer Reihe positiver Maßnahmen auswirkt, die dafür in Aussicht genommen sind, so muß er auch richtunggebend sein für alle Politik der Reichsbank. Ihre seit bald drei Monaten geführte Stützungsaktion ist ein sehr wesentlicher Teil dieses Abwehrkampfes, und es ist notwendig, daß unser Volk und vor allem alle Kreise der deutschen Wirtschaft auch das voll erfassen und danach handeln.

Und hier, meine Herren, ein ernstes Wort. Das große Mittel, das Reich und Reichsbank hierfür in Anwendung gebracht haben, und dessen Zweck allen beteiligten Wirtschaftskreisen sehr ernst und klar zur Kenntnis gebracht war, die Auflegung der Goldschatzanweisungsanleihe, hat der Erwartungen, die daran geknüpft werden durften, nicht entsprochen. Wenn wir auch nie einen Zweifel daran gehabt und gelassen haben, daß die in der ausländischen, namentlich der französischen und belgischen Presse vielfach verbreiteten Behauptungen von einem viele Goldmilliarden betragenden Devisenbesitz der deutschen Wirtschaft nichts weiter waren, als eben und zwar meist ein bewußtes Gebilde der Phantasie, so durfte doch füglich erwartet werden, daß der größere Teil der aufgelegten Anleihe gezeichnet worden würde. Das ist nicht geschehen, und das hat die Wirkung gehabt, daß unsere Gegner die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der deutschen Wirtschaft glaubten schwächer einschätzen zu dürfen, als sie sind, daß aber auch — und das war das Schlimmere — im eigenen Lande wieder die Sonderinteressen sich zum Schaden des Ganzen in stärkerem Maße betätigten, die Ansprüche an den Devisenmarkt und an die Reichsbank sich von Woche zu Woche und schließlich zu einem Umfange steigerten, der weit über den normalen Bedarf unserer Wirtschaft hinausging, und auch die Tagesspekulation sich wieder unbekümmert um das Wohl des Ganzen in stärkerem Maße hervorwagte und durch Vorverkäufe an dem einen und Eindeckung an der Börse am anderen Tage die Stützungsaktion erschwerte. Wir haben aber auch mit tiefem Bedauern und mit ernster Sorge wahrnehmen müssen, daß nicht nur jene Tagesspekulation ihren eigenen Acker pflückte, sondern daß in dieser Zeit des schwersten Ringens Deutschlands auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf einer nahen Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat oder für Devisen, die sie abgestoßen hatten, mit großen Beträgen einzudecken, und selbst vor Konzertaufträgen nicht zurückscheuten. Das alles geht heute nicht an, denn das heißt, wenn auch nicht absichtlich, aber doch tatsächlich der großen gemeinsamen Kampffront und der Aktion, die Reich und Reichsbank im Interesse unserer Politik und Wirtschaft führen, in den Rücken fallen. Dieser Kampf fordert gebieterisch, daß alle Sonderinteressen rückhaltlos zurückgestellt werden, und es ist zu hoffen, daß unter unmittelbar und für nahe Zukunft notwendige Devisenbedarf gedeckt wird, die hierfür nicht notwendigen Devisen aber herausgegeben und in den Dienst des Abwehrkampfes gestellt werden, und das ist für ihre Besitzer um so leichter, als die Devisenbestände auch weiterhin gegen Devisen erworben werden können. Das Reichsbankdirektorium würde es lebhaft bedauern, wenn es einer dem Interesse des Ganzen zuwiderlaufenden Betätigung der Sonderinteressen und des Eigennutzes mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegentreten müßte; ich betone aber, daß es das tun würde, und zwar mit schärfsten Restriktionen, ohne Ansehen der Person oder Firma.

Wir hoffen, daß das in der letzten Woche erfolgte Emporschnellen des Dollars und die in der Stützungsaktion von der Reichsbank vorgenommene Aenderung der Taktik als ein lauter und ernster Weckruf empfunden werden und als solcher seine Wirkung tun wird, aber wir halten es für geboten, ihm auch auf dem Gebiete der engeren Reichsbankpolitik durch eine starke Erhöhung des Diskonts die schärfste Mahnung, die wir aussprechen, und das stärkste Warnungssignal, das wir aufrichten können, unmittelbar folgen zu lassen. Sie ist also eine der Maßnahmen, die geboten sind, um die Stützungsaktion, die vielleicht noch lange notwendig ist, von den Hemmungen zu befreien, denen sie in letzter Zeit ausgesetzt gewesen ist.

Dazu kommt ein Zweites. Der trotz allen Restriktionen stark zunehmende Bestand der Reichsbank an Wechseln und die noch gewaltigere, zu geradezu phantastischen Ziffern hochwachsende Zunahme der schwebenden Schuld, der Schatzanweisungsbestände der Reichsbank und des Papiergeldumlaufs wirkten ja an sich der Stützungsaktion entgegen, und der hinter den Zinssätzen des Geldmarktes weit zurückstehende Bankdiskont drängt alle Kreditansprüche und auch solche, die auf den Kapitalmarkt gehören, in ungemessenem Umfange und immer stärker hinein, auch durch schärfste Kreditrestriktionen nicht immer abnehmender Weise auf die Reichsbank. Die Diskontpolitik muß bestrebt sein, auch diese Wirkungen abzuschwächen. Eine scharfe Erhöhung des Bankdiskonts wird, wie wir hoffen, dazu beitragen, daß die flüssigen und verfügbaren Privatkapitalien in erhöhtem Maße einen Anreiz finden, sich der Anlage in unverzinslichen Reichsschatzanweisungen zuzuwenden, um dadurch freie Gelder zu binden, die Verknappung des Geldmarktes zu befördern und die Reichsbank zu entlasten. Sie wird aber anderseits auch eindringlich dahin wirken, daß alle diejenigen politischen und wirtschaftlichen Faktoren, die in der Lage sind, zur Behebung ihrer Kredit- und Kapitalnot durch kurz- oder langfristige Anleihen oder durch Erhöhung ihres Gesellschaftskapitals an den Kapitalmarkt heranzutreten, diesen Weg beschreiten, ehe sie mit ihren Ansprüchen an die Reichsbank und Darlehnskasse herantreten, die nicht dazu da sind, langfristige oder dauernde und an den Kapitalmarkt gehörende Bedürfnisse durch Ausgabe fiktiven Geldes zu befriedigen.

Aus allen diesen Gründen hält das Reichsbankdirektorium eine starke und ungewöhnliche Erhöhung des Diskonts für geboten und hat deshalb beschlossen, den Diskont von 12 auf 18 % heraufzusetzen. Ich habe daran aber eine doppelte Bitte an die deutsche Bankwelt zu knüpfen. **Ich bitte die Banken zunächst, uns am Devisenmarkt mit ihrer ganzen Kraft und ihrem ganzen Einfluß zu unterstützen und insbesondere ihre Börsenvertreter aufs bestimmteste anzuweisen, keinerlei Devisenaufträge an der Börse zu geben, die nicht einem wirklichen Bedarf der Wirtschaft und des Verkehrs entsprechen.** Und weiter habe ich die Bitte auszusprechen, daß die deutsche Bankwelt bestrebt sein möge, die Hemmungen und Verteuerungen, die eine solche Diskonterhöhung auf dem einen oder anderen Gebiete mit sich bringen muß, die aber im allgemeinen Interesse in Kauf genommen werden müssen, durch eine entgegenkommende Zins- und Gebührenpolitik zu mildern. Das Reichsbankdirektorium gibt sich der Erwartung hin, daß die beschlossene Diskonterhöhung nicht auch für die Bankwelt das Signal bedeuten werde, ihrerseits der gesamten Kundschaft den Kredit, der jetzt bereits mit den doppelten und dreifachen und teilweise noch höheren Spesen als bei der Reichsbank belastet ist, wenn auch durch die wachsenden Unkosten der Banken hervorgerufen, doch für große Teile unserer Wirtschaft bereits bis an die Grenze des Tragbaren herangehen, entsprechend weiter zu verteuern. Wir möchten annehmen, daß die Vereinbarungen zwischen den Banken über die Festsetzung der Zinsen, Gebühren und Provisionen es ohne weiteres ermöglichen, diesem Wunsche der Reichsbank im Interesse der deutschen Volkswirtschaft nachzukommen.

* * *

— **Der Zinsfuß der Darlehnskassen** beträgt von gestern ab bis auf weiteres allgemein: Vorzugsdarlehen 18½ %, für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher Wertpapiere einschließlich der unverzinslichen Schatzanweisungen 19 % und für Darlehen gegen Verpfändung von Aktien und dergl. sowie von Waren 20 %.

— **Berliner Abenddevisenverkehr.** Im Nachmittagsdevisenverkehr machte sich auch weiterhin eine feste Haltung bemerkbar. Es notierten: Amerika 29 000, England 132 000, Holland 11 500, Frankreich 1900, Belgien 1770, Schweiz 5500, Italien 1500, Norwegen 5380, Dänemark 5600, Schweden 8000, Spanien 4600, Wien 43, Prag 850, Polennoten 57. Im Abenddevisenverkehr wurde der Dollar bis gegen 7 Uhr mit 28 500 à 29 000, Pfunde mit 132 000 gehandelt. Später trat eine weitere Befestigung ein. Der Dollar wurde um mit 30 000, vereinzelt sogar mit 32 000 ℳ genannt.

In New-York ging die Mark gestern bis 0,0034½ zurück. Der Schlußkurs war 0,00034 G., 0,0035 B. Das entspricht einer Parität von 28 700 ℳ für den Dollar im Durchschnitt.

— **Am rheinisch-westfälischen Devisenmarkt** erfuhren die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel im Laufe des Nachmittags ziemlich erhebliche Steigerungen. Gegen Schluß des Verkehrs nannte man den Dollar mit 29 000, holländische Gulden mit 11300 und das englische Pfund mit 134 000.

— **Die deutsche und die polnische Mark.** Aus Anlaß des letzten Sturzes der polnischen Mark, welche die Kursbewegung der Reichsmark während der letzten Wochen genau mitgemacht und zeitweise den Stand von 50 000 pol. Mark gleich 1 Dollar erreicht hat, erklärte Finanzminister Grabski, die Regierung treffe Maßnahmen, um die seit längerer Zeit bestehende Verknüpfung der Kursbewegungen der deutschen und polnischen Mark zu lösen. Die Regierung verfüge über größere Bestände an Auslandsvaluta, die ohne Inanspruchnahme des Goldvorrates zur Stärkung des Kurses der polnischen Mark verwandt werden könnten. Sie könne überdies mehrere Dutzend Milliarden Reichsmark im nötigen Augenblick auf den Markt werfen. Die Emission von Goldschatzanweisungen habe bisher 62 Milliarden polnische Mark der Staatskasse eingebracht.

— **Landbank in Berlin.** In der zum 23. d. M. einberufenen ordentlichen Generalversammlung erklärte einleitend der Vorsitzende, Dr. Paul von Schwabach, daß trotz der guten Abschlußziffern eine Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr 1922 deshalb nicht verteilt würde, weil die Schuld, die bereits vor dem Kriege in Holland aufgenommen sei, und sich bei dem Niedergange unserer Währung jetzt sehr fühlbar mache, noch nicht abgetragen sei. (Im vergangenen Jahre erforderte der auswärtige Schuldendienst laut Geschäftsbericht bei 44 332 726 ℳ Bruttoeinnahmen allein 23 761 844 ℳ. Die Red.) Es seien jedoch mit den auswärtigen Gläubigern Abmachungen getroffen worden, die verbinderten, daß die Gesellschaft durch einen weiteren Sturz der Mark in eine schwierige Lage geriete. Andererseits habe aber die Gesellschaft Werte (Grundstücke, Beteiligungen an industriellen Unternehmungen usw.), die gewissermaßen als Valutawerte anzusprechen seien, und aus deren Erträgnissen es möglich sei, die Schuld allmählich zu tilgen. Die Generalversammlung genehmigte daraufhin einstimmig den dividendenlosen Abschluß und wählte die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Dr. Paul von Schwabach, Dr. Erich Remp und Regierungspräsident a. D. Friedrich von Schwerin wieder. Die gleichfalls ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Exzellenz Dr. Gustav von Heyer (Breslau) und Fritz Otto (Frankfurt a. O) hatten auf ihre Wiederwahl verzichtet. Neugewählt wurden in den Aufsichtsrat Regierungsrat Hildebrandt (Stettin), Gutsbesitzer Weber (Hermsdorf) und Polizeipräsident a. D. von Oppen (Alt-Friedland, Kr. Oberbarnim). Die Anfrage, ob das Gerücht von einem Aktienerwerb durch die Regierung auf Wahrheit beruhe, wurde verneint.

## Reichseinnahmen an Steuern, Zöllen und Gebühren.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht folgende Uebersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1923

**Infolge der Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte fehlen Angaben aus den Bezirken der Oberfinanzkassen Düsseldorf, Köln, Würzburg und Darmstadt; ferner Angaben über den Erlös aus dem Markenverkauf der Oberpostdirektionsbezirke Koblenz und Düsseldorf.**

| Bezeichnung der Einnahmen | Aufgekommen sind im Monat März 1923 ℳ | Aufgekommen sind vom 1. April 1922 bis Ende März 1923 ℳ |
|---|---|---|
| **A. Besitz- und Verkehrssteuern.** | | |
| a) Fortdauernde Steuern: | | |
| Einkommensteuer: | | |
| a) aus Lohnabzügen [1]) | 179 079 338 667 | 1 833 340 556 498 |
| b) andere | 9 343 700 771 | |
| Körperschaftssteuer | 1 542 146 047 | 6 205 555 637 |
| Kapitalertragssteuer | 504 934 171 | 2 688 434 738 |
| a) Reichsnotopfer | 379 685 585 | 4 111 196 040 |
| b) Abgabe nach § 37 des Vermögenssteuerges. | 304 504 702 | 724 409 745 |
| Besitzsteuer | 35 777 334 | 195 411 006 |
| Erbschaftssteuer | 745 530 640 | 2 176 315 579 |
| Umsatzsteuer: | | |
| a) nach dem Gesetze vom 26. Juli 1918 | 1 636 130 | 21 847 718 |
| b) nach dem Gesetze vom 24. Dez. 1919: | | |
| 1. allgemeine | 39 174 039 619 | 215 867 063 581 |
| 2. erhöhte | 2 710 198 483 | 12 648 481 979 |
| Grunderwerbsteuer | 692 489 163 | 2 329 949 398 |
| Vermögenssteuer | 450 032 | 13 181 761 |
| Kapitalverkehrssteuer: | | |
| a) Gesellschaftssteuer | 7 252 634 518 | 20 125 291 552 |
| b) Wertpapiersteuer | 97 114 772 | 296 762 806 |
| c) Börsenumsatzsteuer | 32 087 337 077 | 43 308 417 689 |
| d) Aufsichtsratssteuer | 78 971 492 | 125 715 862 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 183 847 418 | 503 887 767 |
| Versicherungssteuer | 1 026 236 185 | 2 842 346 075 |
| Rennwett- und Lotteriesteuer: | | |
| a) Rennwettsteuer | 500 065 696 | 1 114 838 187 |
| b) Lotteriesteuer | 74 010 114 | 280 217 503 |
| Wechselstempelsteuer | 1 584 589 609 | 4 040 374 360 |
| Stempel von Frachturkunden | 9 837 432 | 110 337 656 |
| Abgaben vom Personen- und Güterverkehr: | | |
| a) Personenverkehr | 3 172 644 991 | 7 394 455 746 |
| b) Güterverkehr | 23 305 350 194 | 47 211 986 627 |
| Zuwachssteuer | — 2 650 888 | 1 423 769 |
| Reichsstempelabgab von | | |
| a) Gesellschaftsverträg | — 11 159 946 | 834 169 081 |
| b) Wertpapieren | — 44 589 943 | 197 553 688 |
| c) Gewinnanteilschein- und Zinsbogen | 1 120 450 | 23 932 746 |
| d) Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften [2]) | 1 366 560 835 | 17 715 500 849 |
| e) Lotterielosen und Wettelnsätzen: | | |
| 1. Wetteinsätzen bei inländischen Pferderennen | 11 157 | 65 765 663 |
| 2. inländ. Losen anderer Art | 2 370 167 | 22 469 628 |
| 3. ausländ. Losen | 11 905 | — 70 220 |
| f) Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge | 1 847 173 | 15 944 790 |
| g) Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten | 24 937 473 | 244 109 052 |
| Geldumsätzen | 1 562 867 | 2 185 971 |
| Grundstücksübertragungen | 2 816 249 | 8 225 602 |
| b) Versicherungen | 3 874 497 | 207 515 468 |
| Summe a | 805 231 541 862 | 927 015 581 406 |
| b) Einmal. Steuern. | | |
| Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs | 265 657 259 | 1 930 100 096 |
| Außerordentliche Kriegsabgabe 1919 | 16 412 731 | 177 622 168 |
| Außerordentliche Kriegsabgabe 1918 | 11 774 496 | 30 481 002 |
| Kriegsabgabe 1916 nebst Zuschlag | 7 600 320 | 9 569 253 |
| Wehrbeitrag | 1 314 149 | 10 395 238 |
| Summa b | 302 758 955 | 2 158 167 757 |
| Summe A | 805 534 300 827 | 929 173 749 163 |
| **B. Zölle und Verbrauchssteuern.** | | |
| a) Zölle | 35 220 313 | 261 178 958 |
| b) Aufgeld | 25 276 619 409 | 94 703 260 146 |
| Kohlensteuer | 99 748 052 511 | 237 947 486 599 |
| Tabaksteuer nach dem Gesetze vom 12. September 1919: | | |
| a) Tabaksteuer | 21 818 280 034 | 35 229 505 735 |
| b) Tabaksteuerzuschl. | 5 733 096 | 17 723 885 |
| c) Tabaksatzstoffabgabe | 2 223 | 928 059 |
| Biersteuer | 91 855 404 | 999 130 421 |
| Weinsteuer | 4 091 668 953 | 11 259 878 672 |
| Schaumweinsteuer | 1 744 149 | 34 264 111 |
| Mineralwassersteuer | 1 447 398 | 37 325 556 |
| Aus dem Branntweinmonopol: | | |
| a) Einnahme aus der Branntweinverwert. | 2 077 957 577 | 15 451 422 223 |
| b) Freigeld | 525 963 | 59 079 706 |
| Essigsäuresteuer | 45 769 582 | 322 951 345 |
| Zuckersteuer | 34 877 443 | 451 283 589 |
| Salzsteuer | 5 591 871 | 101 567 976 |
| Zündwarensteuer | 15 341 768 | 147 195 641 |
| Leuchtmittelsteuer | 8 447 984 | 68 534 653 |
| Spielkartensteuer | 1 124 870 | 15 791 552 |
| Statistische Gebühr | 565 783 638 | 3 836 671 647 |
| Aus d. Süßstoffmonopol | 66 655 051 | 282 014 089 |
| Summe B | 153 893 697 661 | 428 719 193 902 |
| **C. Sonstige Abgaben.** | | |
| Ausfuhrabgab. d. Reichsfinanzministeriums | 43 474 276 862 | 259 917 980 163 |
| Ausfuhrabgab. d. Reichswirtschaftsministeriums | 3 377 245 998 | 27 517 417 127 |
| Summe C | 46 851 521 860 | 187 435 847 290 |
| Im ganzen | 506 279 520 348 | 1 545 828 290 355 |
| Zwangsanleihe | 3 492 572 120 | 12 853 597 360 |

[1]) Darunter Erlös aus dem Markenverkauf 49 582 408 254 Mark und 173 100 603 659 ℳ.

[2]) Darunter für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte von Waren nach Tarif-Nr. 4b 68 ℳ und 11 569 792 ℳ.

— **Deutsche Landwirtschafts- und Handelsbank in Darmstadt.** Das Institut will in München eine Filiale errichten unter Uebernahme der